Nr. 64. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16.50 Mk., monatl. 5.50 Mk. frei ins Haus, sowie abholbar. Postbezug: Monatlich 5.50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.75 Mk., für das übrige Ausland 13.— Mk., deutlich einmal. Zustellung 11.— Mk. + Porto-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 4. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Deutschland kann nicht ausliefern!

Während der Text der französischen Auslieferungsnote durch den Draht von Paris nach Berlin läuft, verkürzt die deutsche Regierung dem Publikum die Wartezeit, indem sie ihm mitteilt, was sie zu der viel erörterten Angelegenheit den Gegnern und der ganzen Welt zu sagen hat. Noch haben wir keine Gelegenheit, die Mitteilungen der deutschen Regierung mit dem Inhalt der Pariser Note zu vergleichen, aber es ist jetzt schon vorauszusehen, daß dieser Vergleich vorerst keinen Anhaltspunkt für die Möglichkeit eines Ausgleichs bieten wird. Die Entente, oder richtiger, ihr in dieser Frage führender Teil besteht auf der Ausführung des Friedensvertrags, wie er geschrieben und unterzeichnet ist. Die deutsche Regierung ist dagegen genötigt zu erklären, daß ihr hier eine Leistung zugemutet wird, die physisch und moralisch unmöglich ist.

Die deutsche Regierung kann einen Versuch zur Erfüllung dieses Vertragspunktes nicht unternehmen, ohne den schwersten inneren Kampf zu entfesseln, einen solchen Kampf kann man aber nicht führen, wenn einem nicht die eigene Ueberzeugung und die Mehrheit des Volkes zur Seite steht. An dieser Ueberzeugung fehlt es, denn niemand in Deutschland hält die Forderung der Gegner, die Beschuldigten durch ihre eigenen Gerichte aburteilen zu lassen, für gerecht. Wollte die deutsche Regierung den Versuch machen, der Forderung der Entente nachzukommen, so würde sie nicht wie ein mit eigenem Willen begabtes Wesen, sondern nur als ein von fremdem Willen in Bewegung gesetzter Automat handeln, während der Widerstand, der sich ihr entgegenstellt, von den stärksten Impulsen der Leidenschaft beseelt ist.

Das Charakterbild der Beschuldigten schwankt in der Zeitgeschichte, von der Parteien Gunst und Haß entstellt. Wir können die Auffassung, die aus ihnen Helden und Märtyrer machen will, gar nicht entschieden genug ablehnen, sie haben nicht nur, wenn die gegen sie erhobenen Beschuldigungen auf Tatsachen beruhen, Taten begangen, deren sich das deutsche Volk schämen muß, sondern sie haben durch diese Taten auch die furchtbar schwere Lage verschuldet, in die das deutsche Volk heute geraten ist. Sympathie für die Beschuldigten kann also als Beweggrund für die Haltung der Regierung und der Masse des Volkes nicht in Betracht kommen.

Aber auch von jenen, die den Beschuldigten mit stärkster Abneigung gegenüberstehen, wird die Auseinandersetzung mit ihnen als eine innere Angelegenheit empfunden. Dieses Empfinden kam am darauf in einem Organ der äußersten Linken zum Ausdruck, in dem gesagt wurde, die Beschuldigten verdienten, nicht an fremde, sondern an die eigenen Laternen gehängt zu werden. Eine bolschewistische Regierung etwa vom Schlage der vergangenen Münchener würde wahrscheinlich gegen die Beschuldigten und viele andere wahllos mit blutiger Schärfe vorgehen, aber auch sie würde sich kaum dazu bereit finden lassen, jene Leute einer fremden Gerichtsbarkeit auszuliefern. Die Entente würde daher zu ihrem Ziel auch dann nicht gelangen, wenn in Deutschland der Bolschewismus siegte, ein Ergebnis, das herbeizuführen scheinbar die Absicht gewisser Ententepolitiker ist.

Die Tatsachen sprechen eine so deutliche Sprache, daß man hoffen kann, im Lager der Alliierten werde alsbald eine ruhigere Ueberlegung Platz greifen. In Deutschland hat man nicht die geringste Lust, eine Katastrophenpolitik zu treiben, der Bedarf daran ist auf Jahrzehnte hinaus gedeckt. Katastrophenpolitik aber treiben diejenigen, die, auf ihren Schein bestehend, Forderungen stellen, ohne die Folgen zu bedenken, die jeder Versuch ihrer Erfüllung mit sich bringen müßte. Es ist zu hoffen, daß man im französischen und im englischen Volk, wo die Erkenntnis am allernotwendigsten ist, diesen Sachverhalt verstehen und auf ihn Rücksicht nehmen wird.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 4. Februar. (WTB) Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang November v. J. die verhängnisvollen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrags enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden.

Die deutsche Regierung hat zur Vervollständigung dieser Darlegungen noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbegehren der alliierten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifellos

die schwersten Erschütterungen

nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete auslösen müßte. Insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohle, zu ergreifen im Begriff steht, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen.

In der Aufzeichnung vom 2. November v. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritte der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ernsten Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der **gerechten Bestrafung** zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck angeschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der Deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Eindrücke der letzten Wochen nur noch verstärkten Ueberzeugung von dem

außerordentlichen Ernste der Situation

hält es die Deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht, in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Erledigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Vorschlag und gibt demgemäß folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutschen, die ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersendenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze aufheben."

Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. **Außerdem wird der jeweils beteiligten Alliierten und Assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen.** Ueber den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre z. B. eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte Alliierte oder Assoziierte Macht dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beiordnete, der befugt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweisstücke vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen, sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von dem Vertreter gestellten Beweisanträgen würde stattzugeben sein.

Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer Alliierten oder Assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die Deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und

nur auf diesem Wege

die den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages zugrundeliegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. **Würden diese Mächte demgegenüber auf der** Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, **da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.**

Die erwähnte Aufzeichnung hat folgenden Wortlaut:

Der Standpunkt der Deutschen Regierung, daß die Ehre und Würde des deutschen Volkes es nicht vertragen würde, wenn Volksgenossen, die eines Vergehens gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beschuldigt werden, an fremde Gerichte ausgeliefert werden sollten, kann gegenwärtig nicht geltend gemacht werden. Aber die Tatsache, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Klasse und der politischen Partei dieses Gefühl teilt, ist von entscheidender Bedeutung. Wenn trotzdem die Deutsche Regierung versuchen würde, die Auslieferung durchzuführen, so würde sie auf allen Seiten

auf den schärfsten Widerstand stoßen.

Zunächst würde es wahrscheinlich notwendig sein, ein neues Gesetz zu schaffen, auf Grund dessen man zwangsweise zur Ausführung der Auslieferung, besonders zur Festnahme der auszuliefernden Personen schreiten könnte. Wenn die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung einen solchen Gesetzentwurf vorlegen würden, so würden sie **in der Nationalversammlung nicht die nötige Majorität** dafür finden. In ihren eigenen Parteien würden sie nicht Gefolgschaft finden, denn jede Partei, welche dem Gesetz zustimmen würde, würde bei den nächsten Wahlen kompromittiert sein. Aber selbst, wenn ein solches Gesetz angenommen werden würde, würden die Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Auslieferung

in Wirklichkeit unausführbar

sein. **Die Beamten, die bei der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitzuwirken hätten, würden das Gefühl haben, persönlich dafür verantwortlich zu sein und würden sich nicht dazu hergeben, einen Deutschen festzunehmen, um ihn den Gerichten der Alliierten und Assoziierten Mächte auszuliefern.** Die Regierung würde gegenüber einer solchen Haltung ohnmächtig sein.

Sie könnte diese Beamten aus ihren Stellungen entfernen, aber sie würde keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen. Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten würde die Deutsche Regierung, wenn sie Anordnungen dieser Art geben würde, einen Sturm der Entrüstung entfachen, daß sie sich sowohl gegenüber dem Lande, wie dem Parlament und den Reichswehrtruppen in einer äußerst schwierigen Lage befinden würde, deren Folgen im einzelnen nicht näher beschrieben zu werden brauchen.

Obwohl es dessen kaum mehr bedürfte, ist die Aufmerksamkeit der Regierung vor einigen Tagen auf die

außerordentliche Schwierigkeit dieser Lage

durch eine Mitteilung des Vorsitzenden der Zentrumspartei gelenkt worden. Der Berichterstatter der Zentrumspartei hat am 23. Oktober in öffentlicher Sitzung erklärt, daß die Mitglieder der Kommission davon überzeugt sind, daß die Auslieferung von deutschen Volksgenossen **die größten Gefahren für das ganze politische Leben, ja sogar für die politische Existenz Deutschlands** nach sich ziehen würde. Die gegenwärtige Regierung sieht keinen Ausweg aus dieser Lage. Aber sie muß es als sicher betrachten, daß durch das Verlangen auf Auslieferung alle Bemühungen um den Frieden auf das Schwerste gefährdet würden in dem Augenblick, wo der Friede sich nach unendlichen Schwierigkeiten zu verwirklichen scheint.

Die Deutsche Regierung ist sich dessen bewußt, daß sie von den Alliierten und Assoziierten Mächten nicht verlangen kann, ohne weiteres auf die Rechte, welche sich aus den Artikeln 228 bis 230 ergeben, zu verzichten. Sie weiß, daß ein vollkommener Verzicht dieser Artikel mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung den Alliierten und Assoziierten Ländern kaum möglich ist. Sie will den Alliierten und Assoziierten Regierungen auch nicht einen formellen und bestimmten Vorschlag einer anderweitigen Regelung machen.

Lersner nimmt seinen Abschied.

Bei Redaktionsschluß erfahren wir:

Aus amtlicher Quelle wird uns mitgeteilt, daß Herr v. Lersner, als Ministerpräsident Millerand ihm die Note über die Auslieferung habe überreichen wollen, erklärt habe, er könne diese Note nicht entgegennehmen, da er deren voraussichtlichen Inhalt mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Gleichzeitig hat Herr v. Lersner seinen Abschied eingereicht, der ihm von der Regierung bewilligt worden ist.

Die Auslieferungsliste.

Die Auslieferungsliste ist gestern Dienstag in Paris dem Freiherrn von Lersner übergeben worden.

Von den 800 Deutschen, deren Auslieferung die Entente fordert, stehen, der „Neuen Züricher Zeitung" zufolge, je 300 auf der französischen und belgischen Liste, 100 auf der englischen und der Rest auf der der östlichen Verbündeten. Alle verantwortlichen **Chefs der Armee und Marine, außerdem Bethmann Hollweg sollen ausgeliefert werden. Die Liste wird im Laufe des heutigen Tages der Reichsregierung übermittelt.**

Ungeheuchelt: Partei Meuchelmörder!

Den deutschnationalen Blättern hat unsere Kennzeichnung als „Partei-Meuchelmörder" nicht behagt. Wir sind aber heute genötigt, zu den Pressestimmen über das Attentat auf Erzberger noch eine nachzutragen, eine Stimme aus einer etwas abgelegenen Ecke, wo man hübsch unter sich deutschnational ist. Der „Arnswalder Anzeiger" (Kreisblatt) bringt folgenden ergreifenden Kommentar zu dem Attentat auf Erzberger:

Zu dem Attentat auf den Reichsfinanzminister schreibt uns ein Politiker:

Wir wollen nicht heucheln. Die Nachricht von dem Mordanschlag auf Erzberger wird bei vielen, die diesen Mann glühend hassen, **wenn nicht ein frohes, so doch ein erwartungsvolles Aufhorchen ausgelöst haben: ist er tot? Und eine unbedenklich eingestandene Enttäuschung mag auf vielen Gesichtern hervorgetreten sein bei der Mitteilung, daß anscheinend nur eine leichte Verletzung vorliege und daß für das Leben des Ministers nichts zu befürchten sei.** Und achselzuckend wird man über den Vorfall zur Tagesordnung übergegangen sein.

So schreiben die Deutschnationalen, wenn sie eingestandenermaßen nicht heucheln. Da paßt nur eine Bezeichnung: Partei Meuchelmörder.

•

In der „Lustigen Ecke" der „Deutschen Zeitung" vom 4. Februar finden wir folgende „witzige" Bemerkung: Die zwei Brüder. Der eine war ein Erzgauner und der andere war auch Finanzminister irgendwo . . .

Dienststunden und Bureaustunden.

Man muß schon das feine Ohr eines „höheren" preußischen Beamten besitzen, um den Unterschied, der zwischen beiden Worten liegt, herauszuhören oder herauszufühlen. Daß er aber da ist, kann nicht bezweifelt werden, und zur Illustrierung dieser Tatsache diene folgende Zuschrift eines Genossen:

Die höheren Beamten, vornehmlich die Regierungsassessoren und Regierungsräte bei dem Oberpräsidium wie bei den Landesregierungen, sind auch heute noch der Ansicht, die Festsetzung der Dienststunden gelte nur für die mittleren und unteren Beamten. Sie sprechen daher wohlweislich, wenn sie von ihrer eigenen Arbeit reden, nur von Bureaustunden, während die Festsetzung der Dienststunden für diese feudalen Herren nicht besteht. Die höheren Beamten sind Staatsbeamte und empfangen ihr Gehalt genau so vom Staate wie die mittleren und unteren Beamten. Wenn also ein derartig feiner Unterschied von gewissen Herren in der Arbeitsbenennung gemacht wird, so liegt hierin das Eingeständnis, daß die Herren Regierungsräte, Regierungsassessoren usw. nicht gewillt sind, in den mittleren und unteren Beamten gleichberechtigte Mitarbeiter zu erblicken.

Wir können diesen Ausführungen nur beipflichten. Es ist unerhört, was gewisse, vom altpreußischen Kastengeist befangene Beamte sich heute noch herausnehmen und wenn diese Uebergriffe noch so fein und geschickt verhüllt werden, wie es in vorliegendem Falle geschieht, so werden sie doch dadurch um nichts erträglicher. Es gibt immer noch gewisse Kategorien von Beamten, denen von Zeit zu Zeit mit der erforderlichen Deutlichkeit klar gemacht werden muß, daß sie für den Staat da sind, nicht aber der Staat für sie. Wie hieß es doch so schön beim Militär? Dienst ist Dienst. Das muß auch für die höheren Beamten gelten, und wenn diese ihren „Dienst" nicht leisten wollen, so erklären sie sich selbst hiermit für überflüssig und müssen dem Staat die weitere Entscheidung über ihr Schicksal anheimstellen.

Runge nicht aus der Haft entlassen.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Die Meldung der Korrespondenz Sochaczewski, wonach Runge aus der Haft entlassen worden ist und sich auf freiem Fuße befindet, ist von Anfang bis Ende falsch. In Wirklichkeit ist Runge aus der südlichen Militärarrestanstalt nach dem Strafgefängnis Kottbus überführt worden, wo er seine Strafe weiter verbüßt.

Wir bedauern außerordentlich, daß die Oeffentlichkeit durch die leichtsinnige Falschmeldung der Korrespondenz Sochaczewski unnötig in Erregung gesetzt worden ist. Wir hatten die Meldung unter Vorbehalt wiedergegeben, die Folgerungen, die wir für den Fall der Richtigkeit an sie geknüpft hatten, sind damit selbstverständlich hinfällig.

Der bayerische Separatismus.

In München waren am Dienstag die Obmänner der christlichen Bauernvereine (Richtung Heim) zur Generalversammlung geladen, um die Trennung vom Reichszentrum und die Einigung mit dem Bayerischen Bauernbund zu beschließen. Ein von Dr. Schlittenbauer vorgelegtes Einigungsprogramm fand einstimmige Annahme.

Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Referat des bekannten „Bauerndoktors" Heim. Der Mann versteht sein demagogisches Handwerk, er appellierte gleichmäßig an partikularistische wie antisozialistische, wie antisemitische Instinkte. Alle diese Töne mischte er zu einem Schlachtruf gegen Berlin. Der Zentralismus in Berlin bedeute die Verewigung der Kriegswirtschaft und der Korruption. Ostjuden regierten, die Berliner Machthaber seien Werkzeuge in den Händen von Schiebern. Der **„Schweinestall"** müßte ausgemistet werden. Berlin sei die **deutsche Erbitterungszentrale.** Man erkenne in Süddeutschland, daß der Berliner Hut **nur Schmutz und Fäulnis** bedeutet. „Die bayerischen Berge taugen nicht für Berliner Judenzwerge." „Wir werden ihnen **die Knochen einschlagen,** wenn sie die Hände gegen bayerisches Eigentum ausstrecken. Wir wollen kein Bezirksamt von Neu-Jerusalem an der Spree werden." In dieser Tonart weiter.

Sachlich verlangte Dr. Heim u. a. die Wiedereinführung des zehnstündigen Arbeitstages. Er behauptete, düster prophezeiend, daß wir Mitte Mai am Ende aller Versorgungsmöglichkeiten sein würden, dann komme der Krieg aller gegen alle.

Auch sonst entwickelte Dr. Heim ein durch und durch reaktionäres Programm des Klerikalismus und Partikularismus. Solche Leute, die jetzt mit allen Mitteln das Einheitsempfinden untergraben, sind die wahren Totengräber Deutschlands.

Russisch-estnischer Frieden.

Ueber den Vertrag zwischen Rußland und Estland berichtet die „D. Allg. Ztg.":

Es werden keine Kriegsentschädigungen gezahlt. Rußland erkennt die Selbständigkeit Estlands an, verzichtet auf das ehemals russische Staatseigentum im estnischen Gebiet, gibt das estnische Eigentum heraus, zahlt 15 Millionen Goldrubel als Anteil Estlands am Goldvorrat der Russischen Bank aus und gewährt Estland das Recht des Bahnbaues nach Moskau sowie das Ausbeutungsrecht über eine Million Desjatinen des russischen Waldkomplexes. Rußland erhält Freihäfen an der estnischen Küste zur Verfügung sowie das Recht, die Krafterzeugung der Narwa-Wasserfälle auszubeuten. Beide Teile verzichten auf Durchgangszölle.

Man sieht diesem Vertrag auf den ersten Blick an, daß er die übrigen Randstaaten zur Nachahmung des estnischen Beispiels locken soll. Er entspricht aber auch den Erklärungen Tschitscherins über den ehrlichen Friedenswillen der Moskauer Regierung.

Die Bolschewikitruppen sind nunmehr auch in Wladiwostok eingerückt. Von der Ostsee bis zum Pazifik!

Litwinoff erklärte auf die Frage, ob es richtig sei, daß starke russische Streitkräfte an der polnischen und an der rumänischen Grenze zusammengezogen seien, daß Rußland natürlich militärische Maßnahmen getroffen habe, daß es aber sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und seine Heere zu demobilisieren, um zu friedlicher Arbeit zurückzukehren. Litwinoff fügte hinzu, er könne und wolle sich nicht darüber aussprechen, ob General Brussilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

Nach amtlicher rumänischer Meldung sind an der Grenze Delegierte der Sowjetregierung eingetroffen, um der rumänischen Regierung ein neues Friedensangebot zu übermitteln, welches im wesentlichen mit dem an Polen überreichten gleichlautend sein soll.

Schleswig-Holsteiner!

In Flensburg und der ganzen zweiten Zone findet die Abstimmung am 7. März statt. Die Stimmberechtigten müssen sich bis zum 14. Februar abends 6 Uhr haben eintragen lassen. Am 17. Februar sollen die fertigen Listen ausgelegt werden. Alle Stimmberechtigten, die nicht in Flensburg und der zweiten Zone ansässig sind, müssen ihr Ansuchen um Aufnahme in die Listen ebenfalls bis zum 14. Februar 6 Uhr abends schriftlich einreichen.

Pazifisten auf dem Kriegspfade.

Die belgische Gruppe der Interparlamentarischen Vereinigung hat einen Antrag auf **Ausschluß der deutschen Parlamentarier** geprüft. Für den Fall, daß das Bureau dieser Forderung nicht stattgäbe, würde sich die belgische Gruppe veranlaßt sehen, die Bildung einer Interparlamentarischen Vereinigung zu beantragen, die **keinen** Vertreter der Zentralmächte zuläßt. Die Versammlung erklärte, daß, ohne zur Abstimmung zu schreiten über diesen Antrag, den sie grundsätzlich billigte, mit dem Gedanken einverstanden, gegenwärtig die Beziehungen mit den Parlamenten der Zentralmächte nicht wieder aufzunehmen und sich mit den Parlamenten der Entente zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion in dieser Richtung zu verständigen.

Kleine politische Nachrichten.

Reform der Universitäten. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen Erlaß an die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten zu Breslau, Göttingen, Greifswald, Halle, Kiel und Münster sowie an die Philosophischen Fakultäten von Bonn, Königsberg, Marburg und Berlin gerichtet, in dem auf die Notwendigkeit der Schulung der Akademiker mit praktischen volkswirtschaftlichen Kenntnissen unter Benutzung des vom wirtschaftlichen Leben gebotenen Anschauungsmaterials hingewiesen wird. Der Minister bittet um Einreichung von Vorschlägen seitens der Fakultäten, was bis spätestens Anfang April d. J. zu geschehen habe.

Verzweifelte Ernährungslage in München. Die Ernährungslage in der bayerischen Landeshauptstadt ist verzweifelt geworden. Die Brotgetreideräte Münchens reichen nur bis zum 15. Februar. Auch in allen anderen wichtigen Lebensmitteln sind nur auf kurze Zeit Vorräte vorhanden. Infolgedessen sind von den Demokraten und von der bayerischen Volkspartei Interpellationen an die Regierung im Landtage eingebracht worden.

Ein befristetes Zeitungsverbot. Durch Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos I ist die letzte Nummer der unabhängigen Königsberger „Freiheit" wegen ihres verletzenden Inhalts beschlagnahmt und das Blatt auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur wurde die Schutzhaft verhängt.

Heimkehr aus amerikanischer Gefangenschaft. Aus London wird gemeldet: Das Torpedoboot „Maine" ist am Montag in Plymouth mit ungefähr 1000 aus Amerika nach der Heimat zurückkehrenden Deutschen angekommen. Von ihnen waren während der Fahrt 150 an Influenza erkrankt. Zwei Deutsche waren bereits gestorben. Die „Maine" setzte die Reise nach Rotterdam fort.

Der bekannte Agent Gallasch, der seinerzeit das Kölner Zentralbureau begründet hatte, das in Verbindung mit den Sonderbündlern, insbesondere der Dortenschen Gruppe, die Loslösung der Rheinlande anstrebte, hatte es unterlassen, eine direkte Weisung der britischen Behörde auszuführen, ja sogar trotz Warnung sein Unternehmen als amtliche Organisation bezeichnet. Er wurde vom englischen Gericht zu 500 M. oder 14 Tagen Haft verurteilt

Eine Heringsgeschichte.

Eine leider wahre Begebenheit von Th. Thomas.

Am Hafen zu Ruhrort standen die Menschen in hellen Haufen. „Was ist denn los?" fragten Neugierige.

„Dieses große Schiff ist eben voller Heringe aus Holland eingetroffen. Denkt: 500 Tonnen sind 10 000 Zentner. Jeder Zentner 500 Stück, das sind rund und nett fünf Millionen Fische. Weißt Du, was das bedeutet?" Staunen ringsum, dann: „Wer bekommt die vielen Heringe?"

„Die gehen nach Süddeutschland, wo sie die Kommunalverbände als Fleischersatz ausgeben."

Währenddem drängt sich ein Beamter durch die Menge. Aufgeregt verhandelt er mit dem Kapitän des Heringskahnes.

„Haben Sie einen staatlichen Gesundheitsschein für die Ware? Nein? Dann dürfen Sie nicht weiter fahren. Ihre Fracht ist noch nicht untersucht. Das Schiff bleibt hier, bis das nachgeholt ist."

Dem Schiffer geht der Priem aus.

„Dat is ja dull. Ik scholl doch van Tag noch . . ."

„Ausgeschlossen. Das Gesundheitsamt in Geestemünde muß die Heringe erst prüfen. So lange bleiben Sie hier, daran ist nichts zu machen." Mit diesen Worten unterbricht der Kommissar den Schiffsfahrer.

„Na, dat is ja en dulles Stück, je je . . . von Geestemünde de . . .?"

•

Telegramm an das Untersuchungsamt Geestemünde.

Fünf Millionen Heringe Holland hier ankamen. Müssen gutachtlich geprüft werden. Schicket sofort jemand Duisburg zur Abnahme.

Telegramm aus Geestemünde.

Abkommen von hier unmöglich. Schicket Heringe Geestemünde. Untersuchungsamt.

•

„Sind Sie der Kapitän dieses Schiffes?"

„Dat soll woll sin, min Herr."

„So, dann teile ich Ihnen hierdurch mit, daß die Heringe sofort zu entladen sind, damit sie zur Untersuchung ihres Zustandes nach Geestemünde geschickt werden."

„? ? ? ? ?"

„Nu machen Sie kein so blödes Gesicht. Ist denn das so was Merkwürdiges?"

„Ja dat nu en Spaß von sei . . .?"

„Spaß? Behörden spaßen nicht. Verstanden? Kurz und gut, Sie müssen Ihre Heringe löschen. Sie bekommen morgen 20 Eisenbahnwaggons für diesen Zweck gestellt."

„Dat is nu ne Sak. Up de Bahn laden, seggt sei?"

„Ja, ja. Morgen schon, damit keine Zeit verloren geht."

Am anderen Tage werden die Heringe vom Schiff auf die Waggons „überführt". Der Kapitän ist ganz aus dem Häuschen. Er jammert tramerzu, daß nun sein Kahn still liegt, daß die 20 Eisenbahnwagen doch wohl zu anderen Dingen nötiger gebraucht würden. Aber der überwachende Beamte tröstet ihn:

„Machen Sie sich darüber keine Kopfschmerzen, es passieren so viel dumme Sachen, daß wir uns darüber nicht aufregen."

Und die Fische ziehen nach Norden. Die Güterwagenbegleiter machen sich ihre Gedanken, ob es für diese Waggons und die aufgewendete Kohle und Arbeitskraft nicht eine bessere Verwendung gegeben hätte.

In Geestemünde wird die Ware geprüft. Zur Beanstandung liegt kein Anlaß vor; so können die 5 Millionen Schneiderkarpfen wieder gen Süden ziehen. Zwanzig Eisenbahnwagen, Richtung Duisburg, rollen 4 Tage später über Osnabrück ab.

Ob es gerade noch 5 Millionen gewesen sind, dafür kann nicht garantiert werden. Später behaupten, daß es unterwegs nicht mehr geworden sind. Jedenfalls wurde der Kahn, als die inzwischen immer kostbarer gewordene schuppige Fracht wieder eingeladen wurde, lange nicht so beschwert als ehedem.

Die Heringe waren auch nicht gerade frischer geworden; immerhin, sie waren doch da und könnten nun, wenn dem das inzwischen eingetretene Hochwasser keinen Strich durch die Rechnung gemacht hätte, rheinaufwärts schwimmen.

Eine traurige Folge hat die Sache: Der Kapitän des Heringskahnes ist tiefsinnig geworden. Er rechnet und rechnet und kann doch nicht herausbekommen, warum bei der Transportnot nicht umgekehrt einer vom Untersuchungsamt aus Geestemünde nach Duisburg kam. Dadurch wären dem Staate 20 Waggons acht Tage lang erspart, die Fische zwei Wochen früher in den Handel gekommen, nicht soviel gestohlen worden und mindestens 150 Zentner Kohlen der Welt erhalten geblieben. Von dem Aus- und Einladen sind die Fische auch nicht gerade billiger geworden.

Romain Rollands „Wölfe" wurden jetzt auch im Leipziger Stadttheater erstaufgeführt. Wie aus Leipzig geschrieben wird, wurden die Erwartungen, die man auf den Dichter des „Jean Christophe" gesetzt, nicht ganz erfüllt. Nur im ersten Akt kommt der starke dichterische Grundgedanke des Werkes zu unmittelbarem Ausdruck: Selbst der Kampf für die höchsten geistigen Ideale der Menschheit, selbst die allgemeine Not und Gefahr des Vaterlandes sind nicht imstande, die Menschen zu einen, können sie nicht hindern, sich gegenseitig wie hungrige Wölfe anzufallen, sich zu zerfleischen. In den beiden letzten Akten mündet das Ganze in ein spannendes, an die französischen Theatralien gemahnendes Schauspiel, das von einer mehr äußerlichen Intrige lebt. Ein nicht immer von innen kommendes Pathos und die bekannten Effekte einer gallischen Rethorik überwuchern hier die tiefer liegenden dichterischen Werte. Immerhin: Hinter dem allen steht eine große, echte Menschlichkeit, und darum lohnt auch die Bekanntschaft mit dem Dramatiker Rolland. Der Beifall war sehr herzlich.

Eine gestohlene Utopie. Zolas Roman „Arbeit", eins der besten Werke des Dichters, dessen Handlung ein kapitalistisches Fabrikunternehmen zu einer sozialistischen Arbeitsgemeinde erblicken läßt, ist großzügig verfilmt worden und macht jetzt in den Pariser Kinos gewaltigen Eindruck.

Der Erforscher der Zellennatur. Otto Bütschli, der das Zoologische Institut der Universität Heidelberg jetzt vielleicht 72 Jahre alt, gestorben. Er hat in den siebziger Jahren unser Wissen über die ersten Entwicklungsvorgänge der Eizelle, die Kern- und Zellteilung, die Befruchtungsvorgänge grundlegend aufgehellt und weiterhin den Bau der Protoplasmas, die Zellennatur der Bakterien, überhaupt das Wesen der Urtiere, der Protozoen, entzogreich erforscht.

Bruno Wille hat jetzt eine Skizze seines 60jährigen Lebens unter dem Titel „Aus Traum und Kampf" im Kulturverlag Berlin erscheinen lassen. Sie will die beiden Lebensromane Willes, die natürlich Wahrheit und Dichtung sind, ergänzen als Bericht wirklicher Begebenheit, wozu dieser zumal um seine politische Entwicklung Berlins verdiente Mann ein Recht hat.

Erweiterung des Friedmann-Ausschusses. Wie wir hören, hat auf den dringenden Wunsch des Ministers Haenisch der zur Untersuchung des Friedmannschen Tuberkulosemittels eingesetzte Ausschuß einer Anregung des Professors Schlieck Folge geleistet und sich durch eine Reihe von Mitgliedern ergänzt, die größtenteils bereits umfangreiche praktische Erfahrungen mit dem genannten Mittel gemacht haben. Es handelt sich um die Herren Krans, Schlieck-Düsseldorf, von Kruse-Leipzig, Deuel-Leipzig, Vaupel-Zwickau, Braun, Kleist, Goebel-Leipzig.

Ein englischer Fall Nicolai. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Bertrand Russell, der während des Krieges wegen pazifistischer Gesinnung seine Stellung als Lektor für Philosophie an der Universität Cambridge verloren hatte, ist wieder in sein Amt eingesetzt worden.

In Deutschland suchen gewisse Leute den nämlichen Gaul eben jetzt andersherum aufzuzäumen. Drängen sie mit ihrer faulen Absicht durch, so wird dem Ausland sicher wieder ein Anlaß gegeben, mit Fingern auf uns zu zeigen.

Der Tanz. In den Kammersälen, Lützower Str. 1—4, bietet am 8. Februar, mittags 11½ Uhr, der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin ein Programm der Tanzkunst, bei dem Else Zimmermann, das Tanz-Ensemble Mary Zimmermann und die Groteskt. Tänzerin Valeska Gert mitwirken. Professor Oskar Bie, der hervorragende Kenner der Tanzkunst, leitet die Darbietungen durch einen Vortrag ein. Das Blüthner-Orchester unter Scheinpflug besorgt die Musik.

Fünf Vorträge über Dürer (mit Lichtbildern) hält Pfarrer Georg Kempff an den nächsten Mittwoch-Abenden, 8 Uhr, von heute ab in der Segenskirche in Berlin-Reinickendorf-West. Eintritt 1 M. für den Abend.

Druckfehler. In dem Aufsatz der gestrigen Morgennummer über Uba Negrilli im ersten Absatz Berbaeren als „Erzähler und Verfasser von Welt und Leben" bezeichnet worden; es muß heißen: „Erzähler und Erfasser usw."

Sonntag Flugblattverbreitung!

Keiner darf fehlen!

Sonntag, vormittags 9 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Der Bezirksvorstand.

„Absatzeffekt" und Kohlenpreiserhöhung.

W. T. B. teilt mit, die Ruhrkohlenpreise würden ab 1. Februar um 42,80 M. per Tonne einschl. Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht. Hiervon entfielen 22 M. auf den Ausgleich für die (übrigens heute noch nicht definitive) Erhöhung der Tariflöhne um durchschnittlich 11 M. pro Mann und Schicht. Und W. T. B. erläutert:

„Die Belastung, welche dadurch auf die Tonne abgesetzter Kohle entfällt, errechnet sich mit Hilfe des sogenannten „Absatzeffekts", d. h. der Absatzmenge, die auf eine verfahrene Schicht der **gesamten Belegschaft** entfällt. Bei dieser Umrechnung ergibt sich eine **Mehrbelastung** von pro Tonne Absatz von fast 22 Mark."

Ich muß gestehen, daß ich von diesem „sogenannten Absatzeffekt" erst in jüngster Zeit Kenntnis erhalten habe. Im vorigen Herbst erfuhr ich gelegentlich einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium von Werksvertretern, daß auf pro Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft im Ruhrgebiet ein Absatz von 0,50 Tonnen entfalle, hierauf müßten die geforderten Lohnerhöhungen verrechnet werden. Dagegen habe ich sofort entschieden Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß es früher nicht üblich gewesen sei, die Betriebskosten nur auf den Absatz umzulegen, sondern man habe stets diese Kosten nach pro Tonne „geförderter", oder auch „verwertbarer" Kohle bemessen. Jetzt scheint der „sogenannte Absatzeffekt" glücklich schon wenigstens zum Range eines halbamtlichen Wertbestimmungsbegriffs erhoben worden zu sein.

Wie ist dieser neue Begriff bestimmt worden? Was gehört alles nicht zum „Absatz"? Beispielsweise haben die niederrheinisch-westfälischen Gruben 1918 bei einer Gesamtförderung von 114,4 Millionen Tonnen Rohkohlen 25,2 Mill. Tonnen Koks erzeugt, aber 1918 sind bei nur 95,9 Millionen Tonnen Förderung 27 Mill. Tonnen Koks hergestellt worden. Die Verkokung und Nebenproduktengewinnung bringt riesige Ertragewinne. Wie wird der Absatz an die eigenen Kokereien, Brikettfabriken, chemische Nebenanlagen, Kraftwerke, Ziegeleien usw. verrechnet? Sind die hier erzielten, sehr bedeutenden „Nebengewinne" auch als Betriebseinnahmen der Gesamtwirtschaft der Werke gutgeschrieben und bei der Selbstkostenaufstellung angerechnet worden? Es gibt Gruben, die über 40 Proz. ihrer Rohkohlenförderung verkoken, verbriketttieren oder sonst in eigenen Sonderbetrieben selbst verbrauchen. Sind nur die restlichen 60 Proz. als „sogenannter Absatzeffekt" in Rechnung gestellt, oder wie ist verfahren worden bei der Bemessung des „Selbstverbrauchs", der nicht auf den „Absatzeffekt" verrechnet wurde?

Zur Vermeidung von recht ärgerlichen Irrtümern ist zu sagen, daß ich vorstehende Fragen hier nicht zu stellen brauchte, wenn den Arbeiter- und Angestelltenvertretern in den auf Grund des Reichsgesetzes betr. die Kohlenwirtschaft errichteten Stellen die Selbstkostenrechnungen der Kohlengruben vorgelegt würden. Das ist bisher nicht geschehen, man nannte nur einige sich überdies oft widersprechende Durchschnittszahlen, was mich veranlaßte, zu erklären, daß ich für keine Kohlenpreiserhöhung zu haben sei, solange ich ihre Berechtigung und Notwendigkeit nicht nachprüfen könne. Daß nach den Lohn-, Gehalts- und Materialpreiserhöhungen auch Kohlenpreiserhöhungen nötig wurden, ist unstreitig; aber das Ausmaß kann nicht bestimmt werden ohne Prüfung aller betriebswirtschaftlichen Unterlagen. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretern, meines Wissens auch den Konsumentenvertretern, sind diese Unterlagen nicht bekanntgeworden. Hier klafft eine Lücke in unseren gesetzlichen Kohlenwirtschaftsbestimmungen — neben manchen anderen —, auf die ich schon bei der Beratung hingewiesen habe.

Der in seinen Folgen für die Kohlenverbraucher unabsehbar schwerwiegende neue Begriff des „Absatzeffekts" ist also ganz neuen Datums. Nach der Verlautbarung W. T. B.'s wird der Absatzeffekt auf pro Mann und Schicht jetzt mit 0,50 Tonnen bemessen, also auf nicht mehr als im Herbst 1919. Mithin wäre im allgemeinen auch keine Verbesserung des Ausbringens eingetreten. Dem widersprechen aber auch Erklärungen von der Werksseite. Die Harpener B. G. (21 Betriebsanlagen) hatte schon im August 1919 wieder einen Fördereffekt (pro Mann und Schicht der Gesamtbelegschaft) von 0,692 Tonnen, gleich 73,6 Proz. des Effekts von 1913/14 und gab pro Tonne 29,71 Mark Lohn aus! Die Harpener Ergebnisse können als typisch für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau angesprochen werden. Inzwischen ist der Fördereffekt doch nicht gesunken! Ist nur der Effekt von August 1919 geblieben, dann würden 19 Proz., der Harpener also fast ein Fünftel Förderung garnicht zur Beurteilung des finanziellen Betriebsresultats herangezogen werden, wenn die Selbstkostenvermehrung nur auf 0,50 Tonnen „Absatzeffekt" berechnet würde! Das dies ein unhaltbarer Zustand ist, wer will das bestreiten?

Aus den mir gerade zur Verfügung stehenden fachmännischen Mitteilungen über Fördereffekte möchte ich folgende aufführen: die Zeche „Dorstfeld" hatte von Juli bis inkl. November einen Fördereffekt von 0,71 bis 0,771 Tonnen; Zeche „Hardenberg" erzielte im Juli 0,81, September 1,12, November 1,14 (Hauer allein 2,57); Zeche „Kaiserstuhl I." kam im Juli—November auf 0,669 bis 0,711, Zeche „Kaiserstuhl III" im Juli—Oktober auf 0,691 bis 0,695, Zeche „Minister Achenbach" im Juli bis Oktober auf 0,706 bis 0,85, Zeche „Minister Stein" im Juli—November auf 0,851 bis 0,920, Zeche „Oespel" im Juli—November auf 0,761 bis 0,844, Zeche „Tremonia" im Juli—Dezember auf 0,582 bis 0,759, Zeche „Viktoria Mathias", Schacht Gustav, im Juli—Dezember auf 0,83 bis 0,91, Zeche „Eintracht Tiefbau" im September bis Oktober auf 0,74 bis 0,79, Zeche „Langenbrahm" im Oktober auf 0,87, Zeche „Heinrich"-Ueberruhr im November auf 0,65, Zeche „Wolfsbank" im November auf 0,70, Zeche „Fritz" (Altenessen) im August schon auf 0,95 Tonne Förderung pro Mann und Schicht der Gesamtbelegschaft. Weiteres Material habe ich zurzeit nicht zur Hand.

Aber schon dieses beweist, daß es mit Rücksicht auf die Kohlenverbraucher nicht gebilligt werden kann, die Selbstkostenerhöhung lediglich nach dem „sogenannten Absatzeffekt" von 0,50 Tonnen pro Mann und Schicht zu berechnen. Es gibt auch Zechen, die sogar 30 bis 40 Proz. ihrer Förderung gar nicht zur Berechnung stellen. Dementsprechend erhöht sich auch der Aufschlag auf die Kohlenpreise. Dagegen muß ich Einspruch erheben.

Otto Hue.

Groß-Berlin

Die Nummer.

Ein Mosaik der Gegensätze scheint die Welt: denn, es gibt auch Leute, die nicht Nummer sein wollen! Und doch auch nicht Persönlichkeiten. . . . Die Berliner Straßenbahnschaffner nämlich. Seit Sonntag tragen sie, wie mitgeteilt, keine Nummer mehr am Mützenwulst. Nach eigenem Beschluß. Einem lobenswerten, will ich meinen! Er zeugt von Takt und Bescheidenheit. Denn wer tritt heute noch zurück ins Nichts, wo sich ihm Gelegenheit bietet, eine Nummer zu sein?

Nur die Straßenbahner tuns und es wäre mir kaum aufgefallen, schreckte mich nicht plötzlich ein Fahrgast aus meinem Philosophieren.

„Was stoßen Sie mich denn, wenn ich vorrücken soll?"

„Ich berührte Sie nur, mein Herr."

„Sie stießen mich!" Der dicke Fahrgast schnappt über: „Ihre Nummer, Schaffner."

„Sie haben keine?"

Der Schaffner zuckt stumm die Schultern.

„Seit wann? — Unerhört!" — —

Pustend und schimpfend verläßt der Dicke den Wagen, der eben hält. Der Schaffner reckt ihm sein Fahrbuch hinaus, das er verächtlich ignoriert. Man lacht allgemein, denn ein Nervöser kam um seine Beschwerde.

m

Für eine Million Güter unterschlagen.

Fortgesetzte Diebereien und Unterschlagungen, die seit Oktober vorigen Jahres auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof vorgekommen sind, wurden von der Kriminalpolizei jetzt aufgeklärt. Viele Anzeigen lenkten den Verdacht auf den Dienstanfänger Ernst Miers aus Reinickendorf. Der Beschuldigte leugnete erst, mußte aber nach und nach allerlei zugeben. Die Untersuchung zog immer weitere Kreise und ergab endlich, daß Miers eine der Haupttriebfedern bei den fortgesetzten Veruntreuungen war. Außer ihm wurden als Hauptmittäter die Güterbodenarbeiter Quast und Wollschläger und als Hauptheler ein Seifenhändler Otto Jordan aus Neukölln entlarvt. Als Täter kommen im ganzen neun Personen und als Hehler ebenso viele in Frage. Die Diebstähle fingen klein an. Zunächst handelte es sich nur um eine Kiste Zigarren. Dann kamen Stoffe, Seide usw. hinzu, und die ganzen Veruntreuungen erreichten im Laufe der Zeit den Wert von rund einer Million Mark. Güter- und Bureaumarbeiter gingen miteinander Hand in Hand. Frachtbriefe wurden vernichtet, Avise gefälscht. Während einige der Beteiligten aktiv mitwirkten, beschränkten sich andere darauf, die Veruntreuungen, von denen sie wußten, geschehen zu lassen. Den größten Teil der Güter brachte Jordan an sich, um damit einen schwunghaften Handel zu treiben. Er setzte die gestohlenen Waren zum Teil unmittelbar auf dem Wochenmarkt in Neukölln wieder ab, zum Teil gab er sie an Hehler, die er an der Hand hatte, regelmäßig weiter. Bei ihren Nachforschungen nach den Gütern stießen die Kriminalbeamten auch auf einen Posten Kunstseide, Batist und bedruckte Seide. Es ergab sich, daß diese Stoffe zwar nicht aus den Bahnhofsdiebstählen, aber ohne Zweifel auch aus Schiebungen oder einem Einbruch herrühren. Wem der Posten, der 200 000 M. wert ist, gehört, ist noch nicht bekannt. Er wurde beschlagnahmt, und Proben können im Zimmer 88a des Berliner Polizeipräsidiums angesehen werden.

Todesopfer im Sicherheitsdienst. Bei der Erfüllung ihrer Pflicht im Kampfe gegen das Verbrechertum sind gestern die Unterwachtmeister Grontkowsky und Grosse von der 5. Abteilung der 4. Hauptmannschaft der Sicherheitspolizei gefallen. Als gestern abend der Sohn des Schlossermeisters durch ein verdächtiges Geräusch in seiner Werkstatt auf dem Grundstück Lynarstr. 37 hörte, ging er hinein und stieß auf drei Einbrecher, die jetzt sofort die Flucht ergriffen. Von Kurtz verfolgt, liefen zwei über die Putlitzbrücke und entkamen. Der dritte nahm seinen Weg über die Fennbrücke. Kurtz, der ihm folgte, traf hier die Unterwachtmeister Grontkowsky und Grosse von der Moabiter Wache, die nun mit ihm die Verfolgung fortsetzten. In der Lehrter Straße hatte Grontkowsky den Verbrecher fast erreicht und wollte ihn stellen, als dieser sich plötzlich umwandte und aus einer Entfernung von zwei Schritt den Unterwachtmeister durch einen Brustschuß niederstreckte. Grosse verfolgte den Einbrecher weiter, erhielt aber von ihm vor dem Hause Oldenburgstraße 13b einen Genickschuß und brach ebenfalls zusammen. Jetzt setzten der Polizeiwachtmeister Schilzke von der Ordnungspolizei mit mehreren Polizisten die Verfolgung fort. Am Stettinerplatz kam es zu einem mehrmaligen Kugelwechsel, der damit endete, daß Schilzke den Einbrecher tödlich traf. Die beiden schwerverletzten Unterwachtmeister wurden nach dem Krankenhause Moabit gebracht und starben dort bald nach der Aufnahme. Die Leiche des Einbrechers wurde dem Schauhause zugeführt, wo er als ein 25 Jahre alter aus Aachen gebürtiger Schlosser Julius Bois festgestellt wurde. — Ein verhängnisvoller Irrtum hat ebenfalls in der vergangenen Nacht dem Polizeiwachtmeister Klocke vom 118. Revier das Leben gekostet. Klocke wurde um 10½ Uhr von dem Schuldiener der Virchow-Oberrealschule nach dem Grundstück Zwingliplatz 2 gerufen, weil dieser glaubte, daß sich Einbrecher in dem Gebäude befänden. Der Schuldiener vermutete, es mit Bodeneinbrechern zu tun zu haben und ging von der einen Seite hinauf, während Klocke die andere Seite nahm. Oben hielten sich nun die beiden Männer gegenseitig für Einbrecher und schossen in der Dunkelheit aufeinander. Der Schuldiener traf den Polizeiwachtmeister so schwer, daß er bald darauf im Krankenhaus Moabit starb.

Für den 70jährigen Invaliden, dessen Notlage kürzlich hier unter der Ueberschrift „Ein Stiefel verloren" geschildert wurde, gingen 20 Mark von S. Sauer, Rankestr. 22, ein. Der Betrag wird dem Invaliden durch uns übermittelt werden. Zur Uebermittlung weiterer Spenden sind wir gern bereit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Am Freitag, den 6. Februar, 7 Uhr, im städt. Lyzeum, Berliner Str. 10/12, Versammlung der Genossen, deren Kinder die Realschule Boddinstraße und Lyzeum Berliner Straße besuchen. Anhänger der S. P. sind ebenfalls herzlich willkommen.

2.—8. Abt. Gruppe Südwest-West. Montag, den 9. Februar, 7 Uhr, Kursus über Betriebsräte und Gewerkschaften von Lindow, in der Schule Mittenwalder Straße.

Neuenhagen (Ostb.). Donnerstag, 7 Uhr, im Lokal Woller, Königsaller, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Unsere Stellungnahme zur Gemeindeverwaltung. 2. Die bevorstehenden Wahlen der Elternbeiräte.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe berichteten, haben die Gewerkschaftsbünde der Angestellten nach dem Abbruch der Verhandlungen durch den Zentralverband der Angestellten mit dem Arbeitgeberverband einen sogenannten Tarifvertrag geschlossen. Der Zentralverband mußte seine Mitwirkung an den Verhandlungen einstellen, nachdem klar zu erkennen war, daß der Arbeitgeberverband nicht willens ist, den berechtigten Forderungen der Angestellten auch nur annähernd entgegenzukommen.

Die mangelnde Berechtigung der Gewerkschaftsbünde zur Abschließung eines Tarifvertrages für die gesamte Branche der Versicherungsangestellten ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaftsbünde noch nicht einmal 10 Proz. der Angestellten des Gewerbes zu ihren Mitgliedern zählen können, während der Zentralverband etwa 90 Proz. der Angestellten in seiner Organisation zusammengeschlossen hat.

Erst jetzt, nach dem Abschluß dieses famosen Tarifvertrages zeigt sich klar, daß das Bestreben der Unternehmer, die Gewerkschaftsbünde auf alle Fälle als Tarifkontrahenten mitwirken zu lassen, ein sehr geschickter Schachzug war. Die Unternehmer wußten im voraus, daß ihre Halsstarrigkeit zum Abbruch der Verhandlungen führen mußte. In den Gewerkschaftsbünden sahen und fanden sie ein williges Instrument, einen Keil in die geschlossene Front der Angestellten zu treiben. Trotz des liebedienerischen Entgegenkommens der Gewerkschaftsbünde wird dieses Bestreben aber durchkreuzt werden; dafür sorgt schon die organisatorische Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaftsbünde im Versicherungsgewerbe.

Wie bereits gemeldet, hat der Zentralverband der Angestellten sich nach Abbruch der Verhandlungen wegen Einsetzung eines Schiedsgerichtes an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Es ist zu hoffen, daß durch das Eingreifen des Arbeitsministeriums die Versicherungsangestellten besser zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen kommen, als das durch den unmöglichen Tarifabschluß ohne Mitwirkung der in Betracht kommenden Organisation erreicht worden ist.

Zur weiteren Stellungnahme in der Tariffrage versammeln sich die Versicherungsangestellten heute abend 7 Uhr in einer Mitgliederversammlung in der Neuen Welt, Hasenheide.

Streik in sämtlichen Kieler Buchdruckereien.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".)

Kiel, 4. Februar. Hier haben heute morgen die Buchdrucker wegen Lohnstreitigkeiten in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Das Kieler Lohn- und Arbeitsamt hatte für die sämtlichen Betriebe eine Teuerungszulage von 24 Mark wöchentlich festgesetzt. Der Unternehmerverband im Buchdruckgewerbe weigerte sich, diese Teuerungszulage zu bezahlen und steht auf dem Standpunkt, daß für alle Lohn- und Arbeitsdifferenzen die Beschlüsse der Tarifinstanzen maßgebend sind. Darauf traten heute morgen alle in den Buchdruckereien beschäftigten Personen in den Ausstand. Sämtliche Zeitungen sind am Erscheinen verhindert.

Stürmische Buchdruckerversammlung.

In der am Dienstag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer nahm die Erörterung der anläßlich der Vorgänge am 13. Januar erfolgten Zeitungsverbote einen breiten Raum ein. — Der Vorsitzende Massini, der diese Angelegenheit in seinem Situationsbericht behandelte, führte aus, der Vorstand habe wegen Freigabe der verbotenen Blätter mit der Reichsregierung verhandelt und dabei betont, daß die Arbeiterinteressen eine möglichst baldige Aufhebung der Zeitungsverbote erfordern. Die Regierungsvertreter hätten erklärt, die Ausnahmemaßregeln seien notwendig gewesen zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion und des ganzen deutschen Wirtschaftslebens. Die Bergarbeiter und die Eisenbahnarbeiter seien nicht nur durch mündliche Agitation, sondern besonders auch durch die verbotenen Blätter fortgesetzt zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden. Ein Erfolg dieser Agitation würde die schwersten Schäden für das ganze deutsche Volk zur Folge gehabt haben. In dem Augenblick, wo diese Gefahr beseitigt sei, wo der Fortgang der Arbeit in den Kohlengruben und den Eisenbahnbetrieben gesichert sei, würden die Ausnahmemaßregeln fallen. In der letzten Besprechung habe Reichskanzler Bauer erklärt, einige Zeitungen seien schon wieder freigegeben, das Verbot der „Leipziger Volkszeitung" werde nächstens wieder aufgehoben werden, wann die Freigabe der in Berlin verbotenen Zeitungen erfolgen werde, könne er noch nicht sagen. Inzwischen seien, wie Massini bemerkte, einige der verbotenen Blätter wieder erschienen. Zum Schluß betonte der Redner, daß die Buchdrucker auf dem Standpunkte stehen, daß der Forderung Rechnung getragen wird, bei notwendig werdenden Presseverboten die Verbote zu betreffen und eine Beschwerdeinstanz gegen die Verbote zu schaffen.

In der Debatte kam es zu äußerst stürmischen Auftritten. Zunächst sprachen mehrere Redner der radikalen Richtung. In langeren Ausführungen vertraten sie ihre politischen Anschauungen, verurteilten die Regierungspolitik im allgemeinen und die Pressepolitik im besonderen. Einer dieser Redner brachte eine Resolution ein, die unter anderem fordert, daß der Gewerkschaftsbund veranlaßt werde, Schritte zur Wiederherstellung der Pressefreiheit zu unternehmen.

Thomas, der den Vorrednern gegenüber den Standpunkt der sozialdemokratischen Mitglieder vertrat, bezeichnete es als eine Unehrlichkeit der Opposition, daß sie sich als Hüterin des Rechts und der Verbandsinteressen aufspiele, sich aber mit keinem Wort gegen die Beschimpfung der Buchdrucker durch die „Freiheit" gewandt habe. Ebenso inkonsequent sei es, wenn die Opposition verlange, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Vertreter sie immer als Arbeitervertreter bezeichnen, sich für die Wiederherstellung der Pressefreiheit einsetzen solle. Eine Heuchelei sei es, wenn sich die Radikalen jetzt für die Pressefreiheit ereifern. In den Januartagen des vorigen Jahres, wo die Unabhängigen und Kommunisten in Berlin die Macht hatten, unterdrückten sie die linksstehenden Zeitungen, während sie die reaktionäre Presse unbehelligt ließen.

Der Redner besprach die Vorgänge am 13. Januar und betonte, daß er und seine Gesinnungsgenossen selbstverständlich für volle Pressefreiheit seien, aber die Pressefreiheit habe da ihre Grenzen, wo die Interessen der Allgemeinheit bedroht würden. Von diesem Gesichtspunkt seien die Maßnahmen der Regierung zu beurteilen. Im Interesse des ganzen Volkes sei es zu begrüßen, daß die Regierung gegen die Störung des inneren Friedens nicht wieder, wie früher, mit halben, sondern mit ganzen Maßnahmen vorgegangen sei.

Die Ausführungen des Redners waren wiederholt durch Zwischenrufe der Gegner unterbrochen worden. Nach seinem letzten Satz brach ein ungeheurer Tumult aus. Zunächst waren es einzelne, die mit erhobenen Fäusten nach dem Redner drohten und ihn durch wüstes Schreien am Weiterreden hinderten. Der Haufe der Schreier vergrößerte sich schnell, drängte nach dem Rednerpult und verlangte stürmisch, daß der Redner nicht weiterspreche. Etwa eine Viertelstunde währte der wüste Lärm. Alle Versuche des Vorsitzenden Massini, die Ruhe wiederherzustellen, blieben erfolglos. Es schien, daß es auf die Sprengung der Versammlung abgesehen war.

Nach einiger Zeit gelang es einem Redner, der sich als Angehöriger der Linken bezeichnete, sich einen Augenblick Gehör zu verschaffen und die Schreier zu ersuchen, die Redefreiheit zu achten. — Nach und nach trat Ruhe ein und Thomas konnte in seiner Rede fortfahren. Der Vorsitzende ersuchte ihn, um die Ursache des Lärms feststellen zu können, möge er den letzten Satz seiner Rede wiederholen. Als Thomas hierauf begann: „Ich möchte feststellen," rief ihm jemand zu: „daß Du ein Lump bist." — Heftige Protestrufe der Mehrheit antworteten auf diese Beschimpfung. Als sich die Versammlung wieder beruhigt hatte, verwahrte sich Thomas gegen die Annahme der Opponenten, daß er das Vergießen von Arbeiterblut gebilligt habe. Davon könne gar keine Rede sein. Aber dabei bleibe er, daß die Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens zu begrüßen seien.

Nach Schluß der Diskussion wurde folgende von Thomas eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

> Die Generalversammlung stellt sich prinzipiell auf den Boden voller Pressefreiheit und bedauert daher die aus Anlaß der Vorgänge vom 13. Januar erlassenen Zeitungsverbote. Sie erkennt jedoch die schwierige Lage der Regierung an, die ohne Rücksicht auf irgendwelche Widerstände von Interessengruppen, die sich mit dem Gemeinwohl in Widerspruch setzen, für eine Wiedergesundung des Wirtschaftslebens zu sorgen hat. Es wird jedoch gefordert, daß sofort Vorkehrungen getroffen werden, die jede Willkür bei Presseverboten ausschalten. Im übrigen wird als Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß die Pressefreiheit ebenso wie die Freiheit der Person da ihre Grenze hat, wo es um die Existenz des ganzen Volkes geht.

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur bevorstehenden Verbandsgeneralversammlung. Die dazu vom Gauvorstand gestellten Anträge wurden angenommen, ebenso ein von Rotte gestellter und von Massini dahin erweiterter Antrag: „Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem", welcher auf die Tagesordnung des Verbandstages zu setzen ist.

Lohnbewegung bei der Firma Ruhnke.

Auf Veranlassung des kaufmännischen Personals der Firma Optiker C. Ruhnke, die in allen Stadtteilen Groß-Berlins Filialen hat, setzte sich der Zentralverband der Angestellten mit der Firma in Verbindung, um eine Erhöhung der Gehälter, die wirklich sehr zu wünschen übrig lassen, durchzusetzen. Den Optikern ist es gelungen, wesentliche Verbesserungen zu erreichen; es hat aber den Anschein, als ob die Firma der Ansicht ist, daß sie dem kaufmännischen Personal kein Entgegenkommen zu erweisen braucht, denn die jetzt gebotenen Gehälter entsprechen in keiner Weise den heutigen teuren Lebensverhältnissen. Wohl bewilligte die Firma einzelnen Angestellten höhere Gehälter als verlangt wurden, aber wie klar ersichtlich, nur zu dem Zweck, Zwietracht in die Reihen der Angestellten zu bringen, was ihr aber nicht gelingen wird. Nach wie vor stehen die Angestellten fest zusammen und werden sich in einer demnächst stattfindenden Versammlung über die weiteren Schritte schlüssig werden.

Parteinachrichten.

Genosse Dr. Crohn gestorben.

In Halberstadt starb am 31. Januar unser Genosse Stadtverordneter Dr. Moritz Crohn im Alter von 68 Jahren. Der Verstorbene stand schon unter dem Sozialistengesetz in den vordersten Kampfreihen. Durch Verrat eines Spitzels wurde er am Weihnachtsheiligabend 1879 festgenommen und 8½ Monate in Untersuchungshaft gehalten. Das gegen ihn eingeleitete Verfahren endete mit Freispruch. Seit dem 1. März 1883 wirkte er in Halberstadt als Arzt. Sein erfolgreiches Wirken ist umso höher zu bewerten, als Crohn stets auch den Armen ein hilfsbereiter Sozialdemokrat war, weswegen er von dem besseren Bürgertum geächtet und gesellschaftlich boykottiert wurde. Desto mehr wurde er von den Arbeitern geliebt und geehrt, denen er stets ein Helfer und Berater war. Der „rote Doktor" hatte einen guten Namen in der deutschen Sozialdemokratie. Es wird seiner stets in Ehren gedacht werden.

Aus aller Welt.

Totgestürzt. Bei Dessau stürzte ein mit vier Personen besetztes Flugzeug der Junkers Flugzeugwerke aus großer Höhe ab. Die vier Insassen waren sofort tot.

Französische Truppen lehnen polnische Ovationen ab. Beim Einzug der französischen Truppen in Beuthen hatte sich am Nachmittag in der Bahnhofstraße eine Anzahl polnischer Vereine mit roten Fahnen und dem weißen Adler eingefunden, um mit Musik die Besatzungstruppen zu empfangen und in ihre Quartiere zu begleiten. Der französische Transportführer sah den kleinen Zug, der aus etwa 150 Personen bestand, an und eröffnete dem Führer der Polen, daß er auf derartige Empfänge keinen besonderen Wert lege. Er ließ den polnischen Zug abrücken, ohne daß die französischen Truppen sich anschlossen. Erst einige Stunden später rückten die Truppen ein.

Mut zeigt auch der Mameluk, sagte sich Georges Clemenceau, als ihn die Engländer vor Attentaten der Nationalisten warnten und reiste nach Aegypten. Sollte gar hinter der englischen Warnung die Furcht gestanden haben, der Tiger könnte auch das Aegyptervolk „befreien" wollen?

Die argentinischen Wasserkräfte. Ueber die Ausnutzung der Iguacufälle hat der deutsche Ingenieur Dr. Klingenberg in Berlin der argentinischen Regierung ein Gutachten unterbreitet. Die großen Fälle an der Mündung des Iguacuflusses in den Paranastrom bilden an der argentinisch-brasilianischen Grenze eine Wasserkraft, die der des Niagara ebenbürtig ist. Der Sturz der Iguacufälle ist 60 Meter hoch, der der Niagarafälle nur 47 Meter. Ueber das Projekt sollen Verhandlungen zwischen Argentinien und Brasilien schweben.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Sozialdem. Wahlverein Lichtenberg (S. P. D.)
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere langjährige Genossin
Mina Bauer
geb. Schöne
gestorben ist. 235/16
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 3. Febr., nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Marzahn statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Echte Perserteppiche
bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10. Fernsprecher Zentrum 4791.

Messing 10,00,
bei größeren Posten 11,00, Kupfer 18,00, bei größeren Posten bis 20,00, Rotguß 16,00 bis 17,00, Blei 3,50 bis 4,00, Zink bis 4,75, Zinn bis 26,00, Weißmetall 22,00 zahlt pr. Kilo Metallschmelze, Mariannenstraße 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Moritzpl. 10658 Nebenanschluß. [*

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 65. Mpl. 13080.

Französisches Kognak-Rezept
verdeutlicht. Offerten unter K. 45 an diese Zeitung.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 2.
Im Tollhause
Von Artur Zickler.
Schilderungen eigenen Erlebens auf dem Kaiserwelthof und im Irrenhause. Ein Buch dichterisch erfaßter Wahrheit, brandmarkt es mit dem Mut sozialistischen menschlichen Erkennens der Tragödie die unerbittliche Brutalität des Krieges. Der Leser fühlt sich den unglücklichsten der Opfer des Krieges, den Geistesgestörten, in bayerischer Nähe.
Preis 2,40 M.

Karbidlampe „Feuerhand"
neuestes Patent
Die beste Tischlampe der Gegenwart, verbraucht pro Stunde 4 Pf. Karbid. Fabrikpreis mit Glasglocke 35.— Mk.
Wir führen ferner sämtliche Zubehörteile für Karbidlampen zu Fabrikpreisen und haben ständig am Lager:
Karbid, Ersatzbrenner in allen Lichtstärken, Ersatzgummiringe, Brennerreiniger etc.
Preisliste gratis und franko.
Franz Borowicz, Metallwaren
Fabrik-Niederlage Berlin SO 26
Waldemarstr. 42 (1 Min. vom Moritzpl.)
Fernruf: Moritzplatz Nr. 4675, 4676
Geschäftszeit 9 bis 6 Uhr.

Frischeingetroffen:
Kakao
Schokoladen
Pralinen
Engl. Drops
Tee
Hafermehl
Reis
Reisflocken
Weiße Bohnen
Bunte Bohnen
Grüne Erbsen
Gelbe Erbsen
Linsen
Bananenmehl
Maismehl
Liköre
Zigarren
F. P. A. Kaufmann,
Berlin S 14, Waisstraße 55/56.
Engros Detail.

Ankauf von
Platin,
Gold und Silber
zu höchsten Tagespreisen.
O. Schlesphacke,
Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Messing 10 M.
Kupfer 18, Rotguß 16, Zink 5, Blei 3,50, Reinzinn 45, Lagermetall bis 30 M. per Kilo, auch alle anderen Metalle kauft Rohprodukten-Großhandl.
Dresdener Straße 13/14.
Mpl. 12523.

PLATIN
weit über Tagespreis.
Gold, Silber in Münzen in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, I rechts.

Küchen
lackiert, liefert 2c.
Unerreichte Auswahl.
Billigste Preise. 1042
Küchenmöbel-Fabrik-Lager
Nur Gr. Frankfurter Str. 4 Ecke Fruchtstraße.

Messing
9,—, Kupfer 18,—
Gottheim,
Mariannenstr. 12.

Soeben erschien:
Betriebsrätegesetz
nebst Wahlordnung
Erläuterte Ausgabe von Gustav Schneider-Sachsen, Mitglied der Nationalversammlung und Berichterstatter des Ausschusses für das Betriebsrätegesetz. Preis: kart. M. 4,50 und Buchhändler-Teuerungszuschlag.
Unentbehrlich für jeden größeren Betrieb! Gleich wichtig für Arbeitgeber u. Arbeitnehmer!
Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin C 2.

Verkäufe

Gardinen, Fenster von 20.— an. Bettwäsche, Bettfedern, Handtücher verkauft billig Sperber, Arbendienststraße 13 (Ecke Weinbergsweg). *

Damenmäntel, reinwollene Kostüme, Backfischkleider, Regenmäntel, Kostümröcke, gleich aus Arbeitskleidern, Bauer, Blücherstraße 13 1 (Hinterhaus). 1268*

Gardinen, Künstlergardinen, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsberger Straße 13. 1328*

Schäferhunde, Stammbuchhunde, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schottland, Gallowaystraße 28. 84/14*

Sealmäntel, Kreuzfüchse. Die schönsten Sealmäntel, Kreuzfüchse, Gelegenheiten, Linden Str. 1a (Blauen Bazar), Kaiser-Wilhelmstraße 16, beim Alexanderplatz. Riesenauswahl, reell, preiswert. 1048*

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 30/10*

Bettwäsche, prima Qualität, preiswert, noch vorrätig. Wäschefabrik Göbestraße 20 (an Hofeinfahrt). *

Gardinen, Stores, Portièren, Tischdecken, Bettdecken, ferner Möbel jeder Art verkauft billigst Rosenblatt, Kastanienallee 19/20. 42/9

Einzelne Oberbetten, Unterbetten, Kissen, Alte Jakobstraße 84, 3—5. 42/8

Damenmäntel, schick, 60.—, Kleider, Röcke, hochmodern 100.—, Pelzjacken, Wilhelmstraße 1a II (Schönebergs). 42/6

Geschäftswagen, Pferdegeschirr, Wagenplan, Arbeitsschlitten und alles Eisen verkäuflich. Greifswalder Straße 35, im Eisenwarengeschäft von 8½0—1.

Möbel

Chaiselongues 90.—, Teppichbetten, Metallbetten, Küchen, Anklidetischchen. Weide, Auguststraße 32 A. Quergeb.

Möbel, Infolge günstigen Einkaufs Riesenlager in 4 Etagen. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunsch Teilzahlung. Möbelhaus A. Damitz, Rosenthalerstraße 40/47. 1058*

Möbel-Rath liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen, Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 44, am Donauer Tor. 1766*

Möbel gegen bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe, direkt am Weddingplatz.

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und eleganter Ausführung, verkauft direkt an Private zu festen Preisen. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27, „Bureauhaus-Weis". *

Ersparnisse beim Möbelkauf. Katalog gratis. Farbige Küchen 560, 575, 780 Mark. Einbeneinrichtung mit Sofa 1020 Mark. Bettfedern komplett 198, 204, 209 Mark. Auch Gelegenheitskäufe. Möbelschau, Brunnenstraße 160 (Eingang Antiemerstraße). *

Musikinstrumente

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Decker, Anhaltstraße 11. 618*

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Kreuzsaiterwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Reparaturen und Stimmungen. Max Koch, Mitnstraße 16. *

Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere. Harmoniums verkauft Herzer u. Co., Oranienstr. 166. 1566*

Nußbaum-Pianos, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 768*

Pianos, Flügel, Harmoniums neu und gebraucht, Friedensware, größte Auswahl, günstige Zahlweise. Franz Nerd, Gehdel, Spandauerstraße 18, am Rathaus. 1146*

Pfersling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 758*

Gelegenheitskäufe großer Posten Kinderinstrumente in Spielmaschinen, Mandolinen, Lauten, Gitarren und Violinen aus erster Hand ohne Zwischenhandel durch direkten Vertrieb der Arbeiter-Genossenschaft des Erzgebirges und eigener Fabrikation. Schulz u. Gumbloch, Münzstraße 15, am Alexanderplatz. 144*

Fahrräder

Fahrradgummi, Riesenauswahl, Schläuche, Weinmeisterstraße nicht. 174/9*

Kaufgesuche

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platinerz! Zahngebisse, Zahn bis 75.—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! höchstzahlend Schmelzerei, Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 6763. 758*

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Boldes, Weidenweg 72, Hof, am Ostbahnhof. 1318*

Leitungsdrähte, Kabel, Eisen, Anker, Spuldraht, Wickeldraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 199, Moritzplatz 4118.

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Artikel, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gefäße usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Bach, Berlin, Oberwickerstraße 29, Telephon: Moritzplatz 8476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! sämtliche Metallabfälle! kauft höchstzahlend. Schmelzwerke! Metallschmelze Borsch, nur Brunnenstraße 26. 1168

Platin, weit über Tagespreis, Kronnbisse, Platinkontakte, Gold, Silber, Münzen, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I, rechts. 1428*

Platin, Silber, Quecksilber, Kilogramm bis 105.—, Kupfer, Messing, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unserem vier Einkaufsstellen „Cohn", 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Rennstraße 46 (am Weddingplatz), 3. Zehnkaffstraße 2, Ecke Schönebergerstraße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1543*

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142, Norden 5649. 708

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 1518*

Metallschmelze Marianenstraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise für sämtliche Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/13*

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Perzlauerstraße 24. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Mühus, Heidestraße 8. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Erwei, Gubenerstraße 59. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Dessener, Sahnstr. 46, Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft hoch Stallschreiberstraße 36 A, Ecke Bauhofer Platz. *

Schallpl., Leim, Wachs, Harz, Lacke und Farben kaufen höchstzahlend Gebrüder Rank, Große Frankfurterstraße 26/28.

Silberbruch, Goldabfälle, Quecksilber, Platin sowie alle anderen Metalle, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände kauft „Silberschmelze" Neukölln, Köpenickerstraße 127, Telephon Moritzplatz 12280. *

Silberschmelze Christianat, nur Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Monteuerfachstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Münzen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle.

Spiralbohrer, 70 Prozent Aufschlag. Werkzeug kauft Amthor, Christburgerstr. 41.

Autozubehör, speziell Vergaser, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverkäufer Schrader, Reinickendorferstraße 118. 1188*

Schellack, Leim, Terpentin, Bleiweiß, Lithopone, kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Rollendorf 3879. *

Kugellager, Bohrkerzen kauft ständig Reinickendorf-Schönholz, Granatenstraße 1 III, 5—7 Uhr. 785b*

Kaufe sämtliches Automobilzubehör, Werkzeuge, Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstraße 50, Laden. Stephan 4304. 427*

Kupfer, Messing, Blei, Zink sowie sämtliche Metalle kauft höchstzahlend Meyer, Elisabethstraße 36. 41/30*

Spiralbohrer, gute Werkzeuge, Werkzeuge, kauft zu höchsten Preisen Lescher, Chausseestr. 34, parterre. 42/7*

Grammophon-Platten, gebrauchte, zerbrochene kauft höchstzahlend, Geldstabholung! Vogt, Sennestraße 27 (Kottbuserdamm).

Altmetall, Kupfer pro Kilo 16—18 Mark, Messing 8—9,50, Blei bis 5,50, Zink kauft Willy Wollmann, Weißenburgerstraße 13, Hinterhaus.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Pachscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7860. 708*

Deckflüsse Damm, Invalidenstraße 35, Norden 7215. Ueberschwemmungen, Exmittierungen. In Ausführung von Verbrechen Rieseneriolge. 8*

Unterricht

Gediegene Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 88, erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Kaufmännische Privatschule Paul Kowalski, Köpenickerstraße 148, am Schlesischen Bahnhof. 5. Januar beginnen Handelslehrkurse für Damen und Herren vormittags, nachmittags, abends. Jahreslehrkurse, Halbjahreslehrgänge mit praktischen Uebungen zur Ausbildung als Buchhalterin, Stenotypistin, Bureaubeamtin, Korrespondentin, Vierteljahreslehrkurse für Einjährige, auch in Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, kaufmännischer, landwirtschaftlicher Buchführung, deutscher und polnischer Stenographie und Maschinenschreiben. *

Kaufmännische Privatschule von Hans Strahlendorff, Beuthstraße 11, am Spittelmarkt. Anfang jeden Monats beginnen Privatzirkel (3 Teilnehmer) in kaufmännischem Rechnen, Schriftverkehr, doppelter Buchführung, Handelslehre. Dauer 2 Monate. Buchführer: Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, einfache, doppelte, amerikanische, Bankbuchführung. Tagesunterricht, Abendunterricht, Lehrpläne kostenlos. *

Heilkultur für magnetische und hypnotische Krankheitsbehandlungen. Unterrichtskurse. Zoppich, Potsdamerstraße 46 I. Telephon Nollendorf 3452. 164/12*

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 20 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 35 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 108a, Tauentzienstraße 19a. *

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Punktur, Schnittzeichnen, Zuschneiden. Anfertigung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Gesundbrunnen 938. 842

Vermietungen

Suche möbliertes Zimmer mit Pension. Nähe Alexanderplatz. Offerten unter Nr. 136 Rudolf Mosse, Köpenickerstraße 67/68. 42/7

Arbeitsmarkt

Eisenbetonpfeiler für Garagen von erstklassigem Bauunternehmen gesucht. Nur mit dem Fach bestens vertraute und selbständige Arbeiter finden Berücksichtigung. Angebote mit Referenzabschriften an Nr. 28, 209 Rudolf Mosse, Rosenthalerstraße 45.

Lackierlehrling für sofort gesucht. Paul Marcus, Schönberg, Sachsendamm 78/79. 42/8

Bauinstallateur sucht Beyer, Lindenstraße 45. 624

Drahthäkterin sucht Beyer, Lindenstraße 45. 623

Jung. Heimarbeiterinnen für feinen Damen gegen hohe Bezahlung suchen Martes u. Co., Lindenstraße 35. 12/12

Perfekte Tollmaschinenarbeiterin sucht Modefalon Reiter, Friedrichstraße 216. 1430b*